

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentrumspartei
Rheider Volkszeitung Geschäftsstelle: Bocholt, Kappelstr. 4. Fernsprecher 12 und 11. Verlagsges.: Knappe (Wohl.) & Anholt-Jesberger Zeitung

Nr. 182

Montag, den 6. Juli

1925

Abbruch der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen?

Abschluß eines Abkommen noch nicht möglich.

W. Paris, 5. Juli. (Tel.) Gestern nachmittag fand eine längere Besprechung zwischen dem Staatssekretär Dr. Trendelenburg und dem Handelsminister Chaumet statt, bei der die wichtigsten, bisher noch streitigen Punkte der deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen den Gegenstand bildeten. Im Verlaufe der Unterredung stellte sich heraus, daß das von den beiden Parteien gewünschte Gleichgewicht der Zugeständnisse, das für den Abschluß eines Vertrages notwendig ist, noch nicht erreicht ist. Besonders den Interessen der wichtigsten deutschen Ausfuhrindustrien ist nach Ansicht der deutschen Delegation nicht in genügender Weise Rechnung getragen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Nach langwierigen Verhandlungen zeigte es sich, daß es unmöglich geworden ist, das Abkommen soweit abzuschließen, daß es noch vor Beginn der Parlamentsferien ratifiziert werden kann. Da infolge einer Reise des Ministers Chaumet, in der gestrigen Unterredung der ganze Fragenkomplex nicht völlig geklärt werden konnte, wurde eine neue Zusammenkunft der beiden Delegationsführer für Montagabend vorgesehen.

Das französische Communiqué.

W. Paris, 5. Juli. (Tel.) Das französische Handelsministerium veröffentlicht über das Ergebnis der gestern nachmittag zwischen dem Staatssekretär Dr. Trendelenburg und dem Handelsminister Chaumet geführten Verhandlungen folgendes Communiqué:

Nach dem Empfang der letzten französischen Vorschläge bezüglich der Tarifierungsbedingungen wie der allgemeinen Klauseln des vorgeschlagenen Handelsabkommens, hat der Führer der deutschen Delegation dem Handelsminister die Gründe auseinandergesetzt, aus denen es die Berliner Regierung für unmöglich erachtet, das Abkommen so rechtzeitig abzuschließen, daß es die Billigung des deutschen und französischen Parlaments vor Schluß der Session erhalten könnte. Deutschland steht sich nicht in der Lage, den französischen Wünschen eine Weisung zu erteilen, die zu einer Ermäßigung der Zölle, wie sie Spanien und Italien gewährt hat, zu führen würde. Es könne auf ihn nur eine höhere als die von Frankreich geforderte Tarifierung anwenden. Ebenso könne es nicht, obwohl die französische Regierung ihre frühere Forderung bezüglich der Bewilligung einer Vorzugsbehandlung der elässischen Textilwaren aufgegeben habe, für diese Produkte die Tarife bewilligen, die die französische Regierung fordert, sondern nur 40 bis 90 Prozent höhere Zölle als die gegenwärtigen deutschen Zölle und um 150 bis 200 Prozent höher als die französischen Zölle für die gleichen Produkte. Deutschland erwägt andererseits jedoch, daß die letzten französischen Angebote trotz der Konzessionen, deren Bedeutung es nicht bestreitet, ihm auf dem französischen Markt einen gleichwertigen Platz zusichern, wie Deutschland auf dem seinem. Es ist daher der Ansicht, daß es unmöglich sei, vor Schluß der Session den beiden Parlamenten zu einem Abschluß zu kommen und schlägt vor, die Verhandlungen aufzugeben, indem man jedoch im Hinblick auf die späteren Verhandlungen die Forderung behält. Da Handelsminister Chaumet der Ansicht ist, daß bezüglich der allgemeinen Grundlagen des Abkommens keine Differenzen bestehen und sich die strittigen Tarifraten nur auf einige allerdings wichtige Punkte beschränken, hat er der deutschen Delegation die Unzulänglichkeit angedeutet, die sich durch einen weiteren Aufschub des von ihm übrigens für kurz bevorstehend geglaubten Abschlusses des Abkommens ergeben würden, das die beiden Länder seit vielen Monaten erwarten. Er hat mit Staatssekretär Trendelenburg für Montagabend eine Zusammenkunft vereinbart, um zu untersuchen, wie der Kontakt im Hinblick auf spätere Regelungen aufrecht erhalten werden könne.

Französische Blätterstimmen.

W. Paris, 5. Juli. (Tel.) Der größte Teil der Morgenblätter veröffentlicht ein Communiqué des Handelsministers Chaumet über den Stand der deutsch-französischen Handelsverhandlungen. Einige Blätter jedoch nehmen aber dazu Stellung. So schreibt das „Journal“: Deutschland will mit uns keinen Vertrag abschließen, damit es nicht gezwungen wird, mit anderen Ländern Verträge einzugehen. Das ist aber nicht der einzige Grund. Die Deutschen kalkulieren auf eine Schwächung unserer wirtschaftlichen Lage und wollen daraus wirtschaftliche Vorteile ziehen. Das müssen besonders die in Rechnung stellen, die die Hoffnung gehabt haben, Deutschland durch ein Entgegenkommen zu gewinnen. Verstehen wir diese Warnung, die glücklicherweise nicht zu spät kommt! „Petit Parisien“ schreibt, dieses Ergebnis nach neunmonatigen Verhandlungen könne nur die Überraschung, die nicht

mit genügender Aufmerksamkeit das deutsche Spiel verfolgt haben.

Der „Excelsior“ erklärt: Alle Wirtschaftler in Deutschland sagen, daß man weniger einführen und mehr ausführen müsse. Das ist eine Notwendigkeit für Deutschland, wenn man will, daß es die Reparationslasten des Dawes-Abkommens erfüllt. Wie leistungsfähig auch die deutsche Industrie ist, so muß dieses Deutschland doch selbst bei anderen kaufen, wenn es will, daß man bei ihm kauft. Der Abbruch der Verhandlungen wird, darüber herrscht kein Zweifel, für den französischen Export nach Deutschland sehr schädlich sein. Die deutschen Interessen auf dem französischen Markt sind nicht weniger beträchtlich.

„Echo de Paris“ bemerkt: Für die unmittelbare Zukunft wird der Abbruch der Verhandlungen nicht sehr ernste Folgen haben. Begünstigt durch den außerordentlich niedrigen Stand der Herstellungspreise verlaufe Frankreich an Deutschland vielmehr als Deutschland an Frankreich. Allerdings zweifelt das Blatt daran, daß Frankreich morgen von Deutschland das erzielen wird, was es heute nicht erreicht.

„Journée industrielle“ sagt, es würde uns wohl gestattet sein, die Verwunderung darüber auszudrücken, daß die Unterbrechung der Handelsvertragsverhandlungen zusammenfällt mit dem laufenden Pressefeldzug in Deutschland und mit den politischen Verhandlungen, die wir führen.

„Gaulois“ schreibt, Deutschland habe ernste Gründe, sich mit Stacheln und Provokationen zu umgeben, und zwar Gründe wirtschaftlicher und politischer Art. Die wirtschaftlichen Gründe ergäben sich aus dem Defizit der deutschen Handelsbilanz, sowie aus der Sorge, für die Zukunft sich den Trumpf für die Verhandlungen über den Sicherheitspakt zu verschaffen.

Französische Antwort auf die englische Schuldennote.

Herriot Vorsitzender der Schuldenkommission?

W. London, 5. Juli. (Tel.) Der französische Botschafter überreichte gestern der britischen Regierung eine Note, die die Antwort auf die britische Note wegen Zurückhaltung der Großbritannien von den Verbündeten geschuldeten Beträge enthält. Die französische Antwort besagt, daß die französische Regierung die britischen Anregungen in Erwägung ziehen werde.

W. Paris, 5. Juli. (Tel.) Nach genauer Feststellung von authentischer Seite gleicht sich die französische Schuld an Amerika folgendermaßen:

1. Die sogenannte wirtschaftliche Schuld, die eine Gesamtsumme von 567 Millionen Dollar darstellt und im Jahre 1948 amortisiert werden soll. Von dieser Schuld soll Frankreich in diesem Jahre 60 Millionen Dollar abzahlen.
2. Die sogenannte „politische“ Schuld, über deren wahre Höhe noch Verhandlungen geführt werden müssen.
Die französische Gesamtsumme an Amerika beträgt 137 224 000 Dollar, gleich 91 Milliarden Papierfranken.

W. Paris, 5. Juli. (Tel.) In Parlamenten wird das Gerücht verbreitet, daß, wenn Finanzminister Caillaux nicht den Vorstoß der nach Amerika gehenden Delegation übernimmt, die über die Regelung der Schuldenfrage verhandeln soll, der Vorstoß dem Kammerpräsidenten Herriot angeboten werden soll. Herriot habe ohnehin die Absicht, während der Parlamentsferien eine Reise nach den Vereinigten Staaten zu unternehmen, so daß er ohne Schwierigkeit die ihm von der Regierung angetragene Mission übernehmen könne.

50 Tote bei dem Unglück in Boston.

W. Boston, 5. Juli. (Draht.) Blättermeldungen zufolge sind bei dem bereits gemeldeten Einsturz der Grundmauern des Tanzsaals, in dem ein Verein das amerikanische Nationalfest durch eine Ballveranstaltung feierte, fünfzig Menschen getötet worden.

Über den Hergang des Unglücks wird jetzt folgendes bekannt: Etwa 100 Personen nahmen an einer Vorfeier des 4. Juli (amerikanischer Nationalfeiertag) teil, den der Bostoner „Piedmont Club“ in seinem Gebäude veranstaltete. Durch das Haus, der in der frühen Morgenstunde erfolgte, wurden die Festgäste vertrieben. Die eingestürzte Wand war durch Ausgrabungen einer nebenan gelegenen Baustelle bereits gerückt und stürzte in das Erdgeschoss hinab, wobei die Mehrzahl der Anwesenden unter den Trümmern begrub. Die ersten geretteten Personen sind zum Teil schwer verletzt. Da die Gefahr bestand, daß auch die anderen Wände einstürzen, wurde das Rettungswerk ernstlich behindert und zog sich mehrere Stunden hin. Einem Manne mußten die Arme amputiert werden, da er nicht anders befreit werden konnte. Die Verzei krochen in den Trümmern hinein und gaben den Schwerverletzten in die Trümmern eingeleiteten Personen schmerzende Einspritzungen.

Das Ergebnis der holländischen Kammerwahlen.

Mrs. Haag, 3. Juli.

Das Ergebnis der Kammerwahlen, die am 1. Juli ohne die geringste Ruhelörung stattgefunden haben, steht heute fest. Es ist im wesentlichen so ausgefallen, wie in politischen Kreisen vorher angenommen wurde: ein Rückgang der Rechtsstimmen ist zwar vorhanden, aber er ist nicht so gewaltig, als das ihm große Bedeutung beigemessen wäre. Erhielten die drei Rechtsparteien — die Katholisch-katholische Staatspartei, die Antirevolutionäre und die Christlich-historischen — bei den Kammerwahlen vom 5. Juli 1922, den ersten Wahlen nach Einführung des Frauenwahlrechts (das Verhältniswahlrecht wurde 1918 eingeführt), 1 595 000 Stimmen, so haben sie es jetzt nur auf 1 566 000 Stimmen gebracht und somit einen Verlust von 29 000 Stimmen zu verzeichnen. Dagegen sind die Stimmen der drei größeren Linksparteien (Sozialdemokraten, Liberalen, Freiheitsbund und Freisinnige Demokraten) von 926 000 auf 1 159 000, also um 233 000 gestiegen. Gleichwohl wird die bisherige Koalition der drei Rechtsparteien auch in der neuen Kammer regierungsfähig bleiben. Denn ihren 54 Mandaten, zu denen wohl auch noch vier Mandate von drei Splitterparteien hinzugezählt werden dürfen, vermag die Linke nur 40, unter Hinzugählung des einzigen Kommunisten, der gewählt wurde, und des einen Mandats, das die „Plattelanders“ wiedererlangen haben, höchstens 42 Mandate entgegenzustellen. Die Regierungsparteien haben 5 Mandate verloren, die drei größeren Linksparteien nur 4 gewonnen.

Hier und da hört man nun freilich wohl leise Zweifel äußern, ob die bisherige Koalition in der neuen Kammer aufrecht erhalten werde. Es wird daran erinnert, daß Man. Nolens der unbestrittene Parlamentsführer der katholischen Staatspartei, im vergangenen Jahre die Möglichkeit eines Zusammengehens der Katholiken, Sozialdemokraten und Freisinnigen Demokraten in einer vielbemerkten Staatsrede angedeutet hat, und es wird darauf hingewiesen, daß diese Koalition in der Kammer immerhin stärkeren Rückhalt haben würde als die bisherige; sie würde sich auf 63 von den 100 Mitgliedern, die die Kammer zählt, stützen können. Da aber die drei Rechtsparteien trotz ihres Verlustes von fünf Mandaten, von denen zwei auf die jetzt noch 30 Mitglieder zählende Katholisch-Staatspartei und drei auf die Antirevolutionäre (13 Parlamentsvertreter noch) fallen, ihre Regierungsfähigkeit keineswegs eingebüßt und bisher zum Wohle des Landes segensreich zusammengearbeitet haben, so ist doch damit zu rechnen, daß, obwohl Beerenbrood, so doch ein anderes Mitglied der katholischen Partei, der bisherige Kammerpräsident Dr. Koolen, das neue Kabinett bilden wird. Bekannt ist freilich, daß der bisherige Finanzminister, der Antirevolutionär Colijn, gern diese Aufgabe übernehmen möchte, aber Dr. Koolen gilt heute in politischen Kreisen doch als Favorit für den Posten der Kabinettschefs, zumal die Katholiken die größte Partei sind und noch sechs Mandate mehr haben als die beiden anderen Koalitionsparteien zusammen. Hinzu kommt, daß der Stimmenverlust dieser drei Parteien und der anschließende Stimmenzuwachs der Opposition fast ganz allein auf die Verbitterung zurückzuführen ist, die durch die finanziellen Maßnahmen der bisherigen Regierung, obwohl sie das Budget ausgeglichen und den Gulden vor jeder Erschütterung bewahrt haben, und durch die Art der Ausführung dieser Maßnahmen durch den Finanzminister Colijn in weiten Volkstreffen hervorgerufen worden ist, daß also Colijn eigentlich sein Verdienst um die Wähler, die den Linksparteien, insbesondere den Sozialdemokraten (24 statt bisher 20 Mandate) und den Freisinnigen Demokraten (7 statt bisher 5 Mandate) außer deren bisherigen Getreuen ihr Vertrauen ausgesprochen haben, durch die Abgabe ihres Stimmzettels ihre Gegnerschaft zum Ausdruck gebracht haben. Danach dürfte Colijn, obwohl sein Verdienst um die Staatsfinanzen nicht zu bestreiten ist, tatsächlich doch nicht der geeignete Mann sein, das Land in ruhiger Entwicklung weiterzuführen.

Aus dem vorher Gesagten geht schon hervor, daß es im wesentlichen wirtschaftliche Momente, namentlich Steuerfragen, waren, die bei diesen Wahlen eine ausschlaggebende Rolle gespielt haben. Die Alternative für oder gegen die Abkürzung der zeitweilig ein Einfluß des Wahlkampfes zu werden schien, hat in gar keiner Weise für die Entscheidung mitgesprochen. Und wenn auf kleine und kleinste Parteien noch über 410 000 Stimmen gefallen sind, so ist das eine Eigenbrötlerei anzuerkennen mit der ja auch bei Wahlen in Deutschland immer zu rechnen ist. Von der Katholisch-katholischen Staatspartei hatte sich eine unzufriedene, mehr demokratisch gerichtete Gruppe, die Katholisch-katholische Volkspartei, abgespalten mit dem Erfolg, daß sie ein einziges Mandat erreicht hat. Ferner gibt es, da bekanntlich das Religionsbekenntnis in Holland für die parteipolitische Ein-

Reklung des Wählers eine ganz überragende Bedeutung hat, noch zwei evangelisch-reformierte Parteien, von denen die eine eins, die andere zwei Abgeordnete in die Kammer entsenden kann, und schließlich sind auch dort noch mit je einem Abgeordneten vertreten die Kommunisten und die „Blattellandern“, die das ländliche Gegenstück der städtischen Mittelständler sind, denen in der Wahlkammer kein Erfolg beschieden war. Ebenso wenig haben siebzehn weitere Parteigruppen, die eigene Listen aufgestellt hatten, ein Bein an die Erde bekommen. Als besonders originell seien von diesen die falschischen Aktualisten, die für die Einführung Mussolinischer Regierungsmethoden schwärmen, und die Sportpartei der über die Ablehnung des für die nächsten jährigen Olympischen Spiele in Amsterdam geforderten Staatszuschusses enttäuschten Sportleute hervorzuheben. Die in der Kammer vertretenen elf Parteien sind oben bereits genannt worden.

Alles in allem genommen hat sonach der 1. Juli in Holland keine ins Gewicht fallende Verschiebung der politischen Kräfte gebracht, und es ist damit zu rechnen, daß das als verbraucht und überlebt geltende katholisch-evangelische Kabinett Rugs de Beerenbrouck, das seit den Novemberwahlen von 1918 am Ruder ist und das Land durch viele Schwierigkeiten wirtschaftlicher, sozialer und politischer Art hindurchgeführt hat, eine Regierung als Nachfolgerin erhält, deren Zusammenfassung die Fortsetzung des bisherigen Kurses entsprechend der nicht erschütterten Reichsmehrheit der Kammer verbürgen dürfte.

Die Postkredite für die Pfalz.

Wie die letzten Verhandlungen im Barmer Ausschuss des Reichstages ergaben, ist von gewissen Verdächtigungen und Einwürfen gegenüber Mitgliedern der Zentrumsfraktion in der Behandlung der Postkredite für die Pfalz nichts übrig geblieben. Der Abgeordnete Lange-Hegemann, der ja kein Zentrumsmittglied mehr ist, hatte als Anstoß für die Bereitstellung von Mitteln zur Sanierung einer Fabrik in Schaffen ein Ersuchen des Abgeordneten Dr. Schreiber abgegeben. Aus der Jugendbernehmung des Abgeordneten Schreiber im Untersuchungsausschuss ergab sich die völlige Korrektheit der Handlungsweise des Abgeordneten Schreiber, der lediglich aus menschenfreundlichen und sozialen Rücksichten einen an ihn ergangenen Hilferuf weitergab. Dr. Schreiber war über die Einzelheiten der geschäftlichen Auswertung gar nicht unterrichtet. Die eingehende Vernehmung befestigte jeden Zweifel, der noch nach dem vorangegangenen Verhör des Abgeordneten Lange-Hegemann in irgend einer Form sich hätte erheben können. Es wurde festgestellt, daß Dr. Schreiber überhaupt nicht wußte, woher die Gelder stammten, daß er keine Ahnung davon hatte, daß es sich um die für die Pfalz-Kredite bestimmte Summe handelte, und daß er die Persönlichkeiten, die die Geschäfte abwickelten, überhaupt nicht gekannt hat. Von den Ausschussmitgliedern und insbesondere dem demokratischen Abgeordneten Kopf ist auch ausdrücklich ausgesprochen worden, daß Professor Schreiber nicht nur durchaus korrekt, sondern auch in jeder Weise ehrenhaft gehandelt habe.

Ein Begnadigungsgefluch Dittmars.

Eine Schilderung des Jungs Fink.

→ Moskau, 5. Juli. Der Anwalt v. Dittmars hat ein Begnadigungsgefluch für seinen Mandanten eingereicht. In Berlin, 5. Juli. (Tel.) Gestern Abend fand die in Moskau im Kindermann-Prozess als Zeugen vernommenen zwei Deutschen, der Student der Theologie, Fink, und der Dramaturg Rose, die vergeblich versucht hatten, ihre angeklagten Studiengefahrten zu entlasten, wieder in Berlin eingetroffen. Sie werden heute im Laufe des Vormittags im Auswärtigen Amt über ihre Einträge in Moskau, sowie über die Art ihrer Vernehmung Bericht erstatten, um die deutsche Regierung bei ihren weiteren Schritten zur Begnadigung der drei zum Tode Verurteilten nach Möglichkeit zu unterstützen. Auch der als Verteidiger nach Moskau gereiste Rechtsanwalt Dr. Freund wird heute oder morgen wieder in Berlin eintreffen.

Der Student der Theologie Fink äußerte sich über seine Moskau-Eindrücke und die Art seiner Vernehmung durch das russische Gericht. Fink wohnte zusammen mit dem Studenten v. Dittmar in einem Zimmer in den Studentenbaracken in der Friedrichstraße. Fink mußte in Moskau erleben, daß Dittmar sozusagen als Ankläger auftrat und ihn wegen falscher Aussagen anklagte. Die beiden deutschen Zeugen wurden zwar in Moskau sehr gut behandelt und wohnen in einem Hotel, mußten sich aber auf Grund der russischen Prozedurordnung verpflichten, nicht mit der deutschen Botschaft in Verbindung zu treten. Ebenso wenig war es ihnen möglich, in Moskau deutsche Zeitungen zu erhalten. Ihre Zeugenvernehmung beschränkte sich nur auf die Beantwortung der von dem russischen Gericht gestellten Fragen, so daß besonders Fink dadurch in seinen Aussagen sehr eingeschränkt wurde. Seine Bitte, nähere Mitteilungen machen zu dürfen, die auch von den Angeklagten Dr. Kindermann und Theodor Wolff unterstützt worden war, wurden von dem Gericht wieder unter Heranziehung der Prozedurordnung als unzulässig abgelehnt. Fink sollte sich jedoch der Gerichtsbehörde weiter zur Verfügung halten, zu einer zweiten ausführlichen Vernehmung kam es jedoch nicht mehr. Die angeklagten Deutschen wurden, wie Fink berichtete, recht gut behandelt und schienen gar nicht an den Ernst ihrer Lage glauben zu wollen. Auch die beiden Zeugen, Fink und Rose, die fast links orientiert sind, sind von der Ungeheuerlichkeit der gegen die Deutschen vorgebrachten Angeklagten und des Urteils vollkommen überzeugt.

Keine internationale Chinalkonferenz?

→ Paris, 5. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung des New-York-Herald aus Washington besagt eine offizielle Mitteilung der Regierung der Vereinigten Staaten, daß man sich mit keinem Vorschlag beschäftigt, eine internationale Konferenz einzuberufen, um die Frage der Exterritorialität in China, wie sie durch die Resolution der Washingtoner Konferenz von 1922 vorgegeben ist, zu beraten.

→ London, 5. Juli. (Tel.) Der Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, ein Vertreter Tschangschins befindet sich augenblicklich in Peking, um festzustellen, welche Unterstützung Tschangschins von den Mächten erhalten würde, falls energisch für die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und den angemessenen Schutz des fremden Lebens und Eigentums eintreten würde. Es verlautet, daß die Politik der Nichtbeteiligung in innerchinesischen Angelegenheiten die Mächte daran hindere, Tschangschins die gewünschte Unterstützung zu gewähren.

„Times“ meldet aus Hongkong, der Streit dehne sich weiter aus. Die Post werde nicht mehr ausgetragen.

→ Shanghai, 5. Juli. (Tel.) Chinesische Soldaten haben um Chapel herum Laufgräben aus und errichten Stacheldrahtperren in der Umgebung der großen westlichen Straße etwa 200 Meter von der Grenze des Fremdenviertels entfernt. Der Polizeigewalt Macdonald wurde von etwa 50 Russen, darunter auch Frauen, angegriffen und schwer verletzt.

Die Volkszählung im Deutschen Reich.

Das vorläufige Ergebnis.

Die Volkszählung am 16. Juni hat, wie bereits gestern kurz gemeldet, ergeben, daß das Deutsche Reich ohne Saargebiet 62½ Millionen Köpfe zählt. Mit den 750 000 Einwohnern des Saargebietes, in dem wegen seiner vorübergehenden Postremung von der deutschen Verwaltung nicht gezählt werden konnte, beträgt die Gesamtbevölkerung des Deutschen Reiches heutigen Umfangs 63¼ Millionen Einwohner.

Das ist etwa die gleiche Bevölkerungszahl, wie sie das Deutsche Reich früheren Umfangs bereits Ende 1908 (nicht, wie gestern gemeldet, 1918) aufzuweisen hatte. Bei Ausbruch des Weltkrieges zählte das Deutsche Reich bereits 68 Millionen Einwohner. Infolge Gebietsabtretungen hat Deutschland annähernd 7 Millionen Menschen verloren, durch den Krieg selbst an Gefallenen rund 2 Millionen, an Verwundeten 4 Millionen und durch den Kriegs-Geburtenausfall 2¼ Millionen. Ohne den Krieg und die Kriegsfolgen würde das Deutsche Reich bei normaler Weiterentwicklung innerhalb seiner alten Grenzen heute gegen 75 Millionen Einwohner haben.

Für das Reich innerhalb seiner heutigen Grenzen (jedoch ohne Saargebiet) ergibt sich nach der Zählung vom 16. Juni 1925 gegenüber der Zählung vom 8. Oktober 1919 eine

Zunahme der Bevölkerung um rund 3,3 Millionen oder 5,6 v. H. Im vorhergehenden Zählungszeitraum 1910/1919 betrug infolge des Krieges die Zunahme der Bevölkerung im heutigen Reichsgebiet lediglich 1,4 Millionen oder 2,4 v. H. Gegenüber der letzten Vorkriegszählung (1. Dezember 1910) hat sonach die Zählung vom 16. Juni 1925 innerhalb des heutigen Reichsgebietes eine Zunahme von rund 4,7 Millionen = 8,1 v. H. ergeben. Auf dem heutigen Reichsgebiet (jedoch ohne Saargebiet) wurden gezählt: 1925: 62 468 762 Einwohner insgesamt, davon 30 168 033 männliche, 32 300 729 weibliche; 1919: 59 178 185 — 28 171 980 — 31 006 205; 1910: 57 798 369 — 28 489 817 — 29 308 552.

Auf 1 qkm. Fläche treffen durchschnittlich Einwohner nach der Zählung von 1925: 132,9; 1919: 125,9; 1910: 122,9.

Die Zusammensetzung der Bevölkerung nach dem Geschlecht hat durch den Krieg wesentliche Verschiebungen erfahren. Während vor dem Krieg (1910) auf 1000 männliche rund 1029 weibliche Einwohner trafen, wurden 1919 auf 1000 männliche 1101 weibliche Einwohner festgestellt. Die neue Zählung weist zwar ebenfalls noch einen starken Frauenüberschuß (1000 zu 1074) auf, läßt aber doch (im ganzen gerechnet, d. h. ohne Rücksicht auf die Altersgliederung der Bevölkerung) schon eine gewisse Rückbildung des durch den Krieg verursachten ungewöhnlich hohen Frauenüberschusses erkennen.

Die Einwohnerzahl der Länder, von denen nur die der größten mitgeteilt sei, ist folgende:

	1925	1919	1910
Preußen	38 138 460	38 100 926	35 000 830
Bayern	7 308 991	7 055 459	6 882 237
Sachsen	4 970 301	4 663 298	4 806 661
Württemberg	2 591 340	2 518 773	2 437 574
Baden	2 319 581	2 208 503	2 142 833

Die Gesamtzahl der Großstädte, d. h. der Gemeinden mit 100 000 und mehr Einwohnern be-

trug sich nach der neuen Zählung auf 45 (einschließlich Saarbrücken auf 46). Die ortsanwesende Bevölkerung dieser Städte betrug (unter Zugrundelegung ihres heutigen Gebietsumfangs) am 1. 12. 1910 15,2 Millionen Einwohner = 26,3 v. H. am 8. 10. 1919 15,6 Millionen Einwohner = 26,3 v. H. am 16. 6. 1925 16,4 Millionen Einwohner = 26,3 v. H. der Reichsbevölkerung. Die Großstadtbevölkerung hat von 1910 auf 1919 um 2,6 v. H., von 1919 auf 1925 um 5,0 v. H., von 1910 auf 1925 um 7,8 v. H. zugenommen, gegenüber einer Zunahme von 8,1 v. H. bei der gesamten Reichsbevölkerung.

Ueber

Die Größe einer Reihe deutscher Großstädte

unterrichten folgende Zahlen:

	1925	1919	1910
Berlin (an 1. Stelle der 45 Großstädte)	3 968 398	3 803 785	3 734 258
Hamburg (2.)	1 059 558	986 779	958 108
Köln (3.)	690 114	640 940	600 291
München (4.)	671 548	630 711	607 592
Leipzig (5.)	660 140	636 485	644 644
Essen (6.)	462 428	439 257	410 214
Frankfurt a. M. (9.)	457 881	438 002	414 878
Düsseldorf (10.)	429 516	407 336	368 728
Hannover (11.)	414 392	392 805	381 678
Dortmund (15.)	313 245	295 026	258 962
Duisburg (18.)	272 080	244 302	229 483
Gelsenkirchen (23.)	204 178	198 528	191 878
Barmen (25.)	184 760	174 840	187 342
Elberfeld (28.)	164 374	157 218	170 195
Böhlum (30.)	156 363	136 931	142 760
Aachen (31.)	153 767	146 429	156 824
Crefeld (35.)	129 674	125 201	129 406
Hameln (36.)	126 404	110 102	104 341
Mülheim a. Ruhr (37.)	125 526	128 205	113 627
M. Gladbach (39.)	114 336	110 784	106 738
Münster i. Westf. (43.)	104 581	100 452	90 254
Oberhausen (44.)	104 353	98 677	94 667
Ludwigshafen (45.)	100 070	90 721	83 301

In der Stadt Buer, die nach der fortgeführten Bevölkerungszahl (1. April 1925) rund 102 000 auf den Großstädten zählte, sind am 16. Juni 1925 nur 98 575 ortsanwesende Personen ermittelt worden.

Bei den Vergleichen zwischen den Großstädten unter sich, aber auch bei Beurteilung der Reichsergebnisse im ganzen ist zu beachten, daß es sich um vorläufige Ergebnisse handelt, die erst im Laufe der weiteren Bearbeitung der Volkszählung durch die statistischen Landesämter an Hand des außerordentlich umfangreichen Urmaterials geprüft werden müssen. Voraussichtlich wird die Feststellung der endgültigen Ergebnisse noch einige Veränderungen bringen. Es ist weiter zu berücksichtigen, daß die Volkszählung diesmal wegen ihrer Verbindung mit der Berufs- und Betriebszählung im Monat Juni, also in der beginnenden Reisezeit, stattgefunden hat. Die endgültigen Volkszählungsergebnisse, die auf Grund der sogenannten Wohnbevölkerung aufgestellt werden, werden deshalb von der Zahl der am 16. Juni 1925 vorläufig als ortsanwesend festgestellten Bevölkerung verschiedentlich, namentlich in den Großstädten, abweichen.

Millioneneinbruch im Peters-Dom.

→ Rom, 5. Juli. (Tel.) Ein schwerer Einbruch wurde Freitag Nacht im Peters-Dom verübt. Die Diebe drangen nachts in die Sakristei und raubten Schätze im Werte von vielen Millionen. Unter den gestohlenen Wertgegenständen befindet sich auch der berühmte Kelch von Venetio Cellinis, ferner alte Kreuzfigür, Kirchengewänder, Altardecken, Reliquienkassette usw.

→ Rom, 5. Juli. (Draht.) Zu dem Einbruch in die Sakramentenkammer wird noch gemeldet. Die ortsanwesenden Diebe drangen in der Nacht zum 4. Juli durch ein im Boden befindliches Loch in die Sakramentenkammer ein, in der sich wertvolle historische Schätze befinden, darunter der Krönungskranz Karls des Großen, der silberne Leuchter Cellinis und kostbare Ornate. Die historischen Schätze blieben unangehört. Dagegen wurde der Fingerring der Petrusstatue und ein kostbares Bruckenzug, ein Geschenk des Königs von Spanien, geraubt. Der Wert der gestohlenen Gegenstände beläuft sich nach den Blättern auf mehrere Millionen Lire. Die Polizei ist der Meinung, daß die Täter unter den 30 Arbeitern zu suchen sind, die in den angrenzenden Räumen Reparaturarbeiten ausführen hatten und zum Teil dort schliefen. Da die Mauern sehr dick sind, muß das Loch in die Sakramentenkammer in mehreren Nächten hergestellt worden sein. Die Diebe ließen am Tatort zahlreiche Einbruchswerkzeuge und elektrische Taschenlampen zurück. Da sie mit Handschuhen gearbeitet hatten, konnten keine Fingerabdrücke gefunden werden. Der Papst ließ dem Kardinal von Sant Peter anlässlich des Einbruchs sein Mitgefühl ausdrücken.

Vorläufig keine außenpolitische Reichstagsdebatte.

→ Berlin, 5. Juli. In der gestrigen Sitzung des Aussenkomitees des Reichstags machte Präsident Lobe die Mitteilung, der Reichskanzler habe ihn wissen lassen, daß im gegenwärtigen Zeitpunkt eine außenpolitische Aussprache im Reichstag nicht stattfinden könne. Der Reichskanzler werde die näheren Gründe dafür dem Aussenkomitee noch selbst darlegen. Diese Sitzung des Aussenkomitees wird voraussichtlich am Dienstag stattfinden.

Senationeller Dokumentendiebstahl.

→ Berlin, 5. Juli. Der Erfinder des Hochdruck-Schnelldampfperzeuers, Ingenieur Beder, ist auf dem Flugplatz Kora bei Weimar durch Angehörige eines schwedischen Posteingangs zum Opfer gefallen. Monatelang wurden aus einigen Wägen gestohlene Briefe entwendet. Seit über wichtige Neuerfindungen, die noch geheim gehalten werden mußten. Eine Hausdurchsuchung bei Angehörigen

förderte wertvolles Material auf. Dabei wurde festgestellt, daß die wichtigsten Auslandskorrespondenzen entwendet und direkte Beziehungen mit dem Ausland angeknüpft waren. Mit einigen Auslandsstaaten waren bereits Verträge abgeschlossen, nach denen hohe Summen für die Erlöse zu zahlen waren. Nach Eingang des Geldes und der Fahrkarten erster Klasse wollten die Täter mit einem Stabe von Betrüben fliehen, auswandern, um im Auslande die Fabrikation unter Umgehung der Patente aufzunehmen. Die meisten Verhandlungen liefen in der Hauptsache auf ein Betrugsmanöver gegenüber den Vertragskontrahenten des Auslandes hinaus. Als Haupttäter wurden laut „B. Z.“ die faulstimmigen Angehörigen, die Vertrauensposten bekleideten, in Untersuchungshaft genommen, und zwar der Wustpächter Max Ziemer aus Ritzsch bei Weimar und der 28jährige Volontär Arthur Schröder aus Oldenburg in Holstein.

Von Nah und Fern.

Die Mörder Rathenaus.

Der völkische Reichstagsabgeordnete Graf Reventlow schreibt in seinem „Reichswort“ anlässlich des Todes des Bathers Rathenaus folgendes: „Unser geistiges Auge aber lenkt sich auf das einsame Doppelgrab zu Saale, und unser Gemüt gilt den beiden Deutschen, die Rathenaus das Leben nahmen. Sie sind zu traglichen Persönlichkeiten geworden. Ihr Herz brannte für Deutschland und das deutsche Volk, dafür sich um Opfer zu bringen, war ihnen selbstverständlich.“ Diese Sätze verdienen festgehalten zu werden!

Berlin—Stockholm in 88 Minuten.

→ Berlin, 5. Juli. (Tel.) Auf der von der Lunders-Reffverth-Verkehrs-A.G. am 18. Mai in Betrieb genommenen Nachtpostluftstrecke Berlin—Wannemünde—Karlskrona—Stockholm hat in der Nacht zum Sonntag der Flugzeugführer Caspar die 325 Kilometer lange Strecke Karlskrona—Wannemünde bei ungünstiger Witterung in 88 Minuten mit einer für diesen Dienst eingelegten Lunders-Wasserflugmaschine Typ IV 20 zurückgelegt. Insgesamt wurden seit Eröffnung dieser Strecke bis jetzt bereits über 100 000 Km. im flugplanmäßigen Verkehr zurückgelegt.

Mit dem Ruderboot über den Ozean.

→ Berlin, 5. Juli. Ein tollkühner Däne, der Leutnant H. Schmidt, hat sich erboten, in einem einfachen Kanu den Ozean zu überqueren. Er hofft den Preis von 1 Million Kronen, den eine dänische Zeitung für die erste Überquerung des Ozeans in einem Boote ausgesetzt hat, zu erlangen. Den Preis will er dann für die Errichtung eines Schwimmbades in Kopenhagen verwenden. Er hat, wie das „B. Z.“ meldet, zu diesem Zweck ein kleines Boot in der Größe von 5¼ Metern erbaut. Der Offizier wird zunächst verpackungsweise nach Gothenburg und von dort an der norwegischen Küste entlang nach Bergen fahren. Er wird dann die Schiffslandschaften berühren, ebenso die Färöer-Inseln, und dann per Dampfer nach Kopenhagen zurückkehren. Wenn diese Versuchsstelle befriedigend ausfällt, so will Schmidt versuchen, den Ozean zu kreuzen. Das Boot wird einschließlich des Gewichtes von 140 Pfund für Nahrungs-mittel nur insgesamt mit 800 Pfund belastet sein. Wenn Schmidt während seiner Reise schlafen will, so wird er sich Schlepptanker während der Nacht auswerfen und dann flach auf dem Boden des Bootes ruhen.

Kreisblatt des

Rheider

Nr. 18

Fre

Pa

Abfall mehrerer

gegen neue Kredit

tu. Paris, 6.

günstige K

breitende A

nen Stämme u

Fez hat in Pa

daß sich noch im

zu einer Rikti

daß der Verrat ei

vermeidliche Episo

gung gebe. Der

greife häufiger u

Front an und beh

ganz moderne Ka

zu sein, wenn i

Umgruppieru

heftige Gegenst

amtlichen Bericht

Schwierigkeiten de

Unmöglichkeit, eur

bedehte Front vor

Verrates der St

nicht bedroht. Rai

spanisch-französi

gemeinsamen Frie

Preilige Frankreich

würden nicht nur

isaischlichen Siege

verfärfungen

tu. Berlin, 6.

melde, wird im

die neuen Kredit

Blättern gilt es je

ken den Kredit

tu. Paris, 6.

statter des „Journa

hat, daß sich die

Situation mit der

gen für Abd el K

senfisches Friedens

durch Mittelsper

schläge setzen folg

werde die volle

tive Freiheit

tans innerhalb de

Krim werde ferner

zung halber (11

terial, sondern

ten müssen. Malv

dition könne als

tu. Madrid, 6.

wurden verschoben,

Der Vorkämpfer Per

Vorkämpfer Frank

mekanische Operatio

wird nach der Konf

Walle in Tang

Langerstaus sind

mussten kam es vor

englische Zeitung

analog derjenigen v

w. Paris, 6. Jul

Domergue, emp

auf General Guil

Paincos in seiner

Stunde verhandelt.

nistrates, der im